

Niederschrift Nr. 9/2010 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus der Stadt Wilhelmshaven am Montag, den 25. Oktober 2010 um 14:00 Uhr im Ratssaal des Rathauses

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglieder SPD-Fraktion:

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ausschussmitglied Ursula Aljets
Ausschussmitglied Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Siegfried Neumann
Ausschussmitglied Norbert Schmidt

Mitglieder CDU-Fraktion:

Ausschussvorsitzende Ursula Glaser
1. Bürgermeister Fritz Langen
Stellv. Ausschussvorsitzender Bernhard Rech
Ausschussmitglied Günter Reuter
Ausschussmitglied Heinz Weerda

Mitglieder FDP-Fraktion:

Ausschussmitglied Susanne Bauermeister
Ausschussmitglied Michael von Teichman
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager

Mitglieder Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman:

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ausschussmitglied Joachim Tjaden

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ausschussmitglied Werner Biehl

Mitglied "Die Linke":

Ratsmitglied Johann Janssen

Rat der Gemeinde Wangerland:

beratendes Mitglied Klaus Lammers (*fehlte entschuldigt*)

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

Von der Verwaltung:

Fachbereichsleiter Arnold Preuß (13)
Insa Rogel (13)
Fachbereichsleiter Udo Weiß (14)
Fachbereichsleiter Jörg Valnion (20)
Stellv. Fachbereichsleiter Stefan Kück (20)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|-------|---|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 04.10.2010 | |
| 4 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:</u> keine | |
| 5 | <u>Vorlagen an den Rat:</u> | |
| 5.1 | Einrichtung eines Ordnungsdienstes | 254/2010 |
| 5.2 | Antrag der FDP-Fraktion auf Umsetzung des papierlosen Sitzungsdienstes (Ziff. 4.4 Haushaltssicherungskonzept) | 540/2010 |
| 6 | <u>Mitteilungen und Anfragen:</u> | |
| 6.1 | Jahresabschluss 2007 (Kernverwaltung) | |
| 6.2 | Budgetberichte III. Quartal 2010 | |
| 6.3 | <u>Produktberichte III. Quartal 2010:</u> | |
| 6.3.1 | Teilhaushalt 03 - Referat 03 (wesentliche Produkte) | |
| 6.3.2 | Teilhaushalt 13 - Kommunikation und Koordination (wesentliche Produkte) | |
| 6.3.3 | Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfungsamt (wesentliche Produkte) | |
| 6.3.4 | Teilhaushalt 30 - Rechtsamt (wesentliche Produkte) | |
| 6.3.5 | Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten, Öffentliche Sicherheit und Ordnung (wesentliche Produkte) | |
| 6.3.6 | Teilhaushalt 20 - Finanzwirtschaft (wesentliche Produkte) | |
| 6.3.7 | Teilhaushalt AF - Allgemeine Finanzen (wesentliche Produkte) | |
| 6.4 | Haushaltsreden | |
| 6.5 | Adresshandel | |
| 6.6 | Interkommunale Zusammenarbeit | |

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

-Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt-

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 04.10.2010

Herr Dr. von Teichman wies auf einige unzutreffend protokollierte Beschlusslagen hin. Entsprechende Korrekturen wurden mittlerweile im Ratsinformationssystem eingepflegt.

Im Übrigen wurde die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 04.10.2010 einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

-keine-

5 Vorlagen an den Rat5.1 Einrichtung eines Ordnungsdienstes

254/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Oberbürgermeister Menzel berichtete, der zweijährige Modellversuch mit dem „City-Ordnungsdienst“ sei mittlerweile abgeschlossen. Dabei handelte es sich bisher jedoch lediglich um einen privaten Sicherheitsdienst, welcher in Zusammenarbeit mit der Polizei im Bereich Innenstadt/Marktstraße eingesetzt wurde. Als Problem stellte sich heraus, dass der City-Ordnungsdienst nur die Möglichkeit einer unverbindlichen Ansprache nutzen konnte. Nach Erkenntnissen der Polizei sei es nun jedoch unbedingt notwendig, Satzungen der Stadt mit Nachdruck durchzusetzen, z.B. die kürzlich beschlossene Satzung über die Nutzung öffentlicher Anlagen.

Herr Dr. von Teichman meldete generelle Bedenken zur Einrichtung eines Ordnungsdienstes an. Insbesondere seien derzeit die genaue Abgrenzung zur Polizei sowie der finanzielle Aufwand ungeklärt. Besser sei es, wenn die Polizei wieder verstärkt „Kontaktbeamte“ zu Fuß oder auf dem Fahrrad einsetzen würde. Seine Fraktion werde die Vorlage daher zunächst ablehnen.

Herr Prof. Reuter erinnerte an den Umstand, dass es sich zunächst um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handle. Ziel sei es, Finanzbedarf sowie Aufgaben des Ordnungsdienstes zunächst einmal zu ermitteln. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Adam teilte seine grds. Sympathie für die Vorlage als Prüfauftrag mit. Es könne jedoch nicht angehen, dass die Verwaltung die Aufgaben der Polizei übernehme, weil diese die Arbeit personell nicht mehr leisten könne. Hier sei das Land gefragt. Wichtig sei in diesem Zusammenhang in der Tat der Einsatz von „Kontaktbeamten“.

Herr Biehl stellte fest, Wilhelmshaven sei in der Kriminalitätsstatistik überdurchschnittlich stark vertreten, selbst im Direktvergleich mit deutlich größeren Städten. Straftat sei jedoch nicht gleich Straftat und so sei aus seiner Sicht zunächst eine tiefere Auseinandersetzung mit der Kriminalitätsstatistik notwendig.

Herr Neumann erinnerte daran, Sicherheit und Ordnung seien eben zwei unterschiedliche Dinge. Seine Fraktion werde der Vorlage daher zunächst zustimmen. Ziel könne es jedoch keinesfalls sein, eine „Stadtpolizei“ aufzubauen. An Herrn Dr. Graul richtete er die Frage, mit welchen konkreten Kompetenzen ein städtischer Ordnungsdienst ausgestattet werden könne.

Stadtrat Dr. Graul antwortete, die Mitarbeiter erhielten Vollzugsbeamtenstatus. Als solche könnten sie amtliche Handlungen vornehmen, wie z.B. Feststellung von Personalien, Weisungen bis hin zum Platzverweis erteilen, Verwarn- und Bußgelder

aussprechen. Lediglich körperliche Gewalt dürfe nicht ausgeübt werden, dies bleibe stets nur der Polizei vorbehalten. Die Kompetenzen gingen jedoch sehr weit über die Rechte des bisherigen „City-Ordnungsdienstes“ hinaus. Dieser konnte lediglich die sog. „Jedermannrechte“ nutzen, also z.B. die einfache Ermahnung oder allenfalls das Festhalten einer Person bis zum Eintreffen der Polizei. Hauptziel eines eigenen städtischen Ordnungsdienstes sei vor allem die Stärkung des individuellen Sicherheitsempfindens der Bevölkerung.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines Ordnungsdienstes zu prüfen, dessen Ansiedlung im Fachbereich 32 erfolgen soll. Alle Möglichkeiten der Finanzierung dieses Ordnungsdienstes, auch durch Dritte, sind zu überprüfen. Eine Vorlage soll im März 2011 dazu erfolgen.

5.2 Antrag der FDP-Fraktion auf Umsetzung des papierlosen 540/2010 Sitzungsdienstes (Ziff. 4.4 Haushaltssicherungskonzept)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Antrag der FDP-Fraktion vor und bat **Herrn Dr. von Teichman** um nähere Ausführungen. Dieser stellte klar, es handle sich um einen Änderungsantrag zu Pkt. 4.4 des Haushaltssicherungskonzepts. Seiner Auffassung nach sei der vollständige Verzicht auf Papier nicht möglich. Daher fordere er die Verwaltung auf, ein entsprechendes Umsetzungskonzept mit notwendigen Ausnahmen zu erarbeiten, z.B. für den jährlichen Beteiligungsbericht.

Herr Tjaden widersprach dieser Auffassung. Sämtliche Vorlagen der Verwaltung könnten bereits heute problemfrei über das Ratsinformationssystem eingesehen werden. **Frau Aljets** ergänzte, durch den Verzicht auf Papier entstünden auch weitere Vorteile. So habe jedes Ratsmitglied beispielweise jederzeit Zugriff auf sämtliche Protokolle aus den letzten Jahren, selbst während einer laufenden Sitzung. Ein Vorteil entstehe für die Verwaltung nur, sofern der gesamte Rat künftig auf Papier verzichte, in allen anderen Fällen entstehe der Verwaltung doppelte Arbeit.

Herr Weerda plädierte für ein Wahlrecht jedes einzelnen Ratsmitgliedes und stellte die Frage, ob der Zwang zum Verzicht auf Papier überhaupt zulässig sei. **Erster Stadtrat Stoffers** entgegnete, die Verwaltung sei verpflichtet, sämtliche Unterlagen in „geeigneter Weise“ zur Verfügung zu stellen. Der Gebrauch digitaler Medien sei mittlerweile in der Gesellschaft eher die Regel als die Ausnahme. Auch das Ratsinformationssystem der Stadt Wilhelmshaven sei bereits seit einigen Jahren im Einsatz. Notwendige Hardware, z.B. Laptops, werde die Verwaltung bereitstellen, ebenso sollen zur nächsten Legislaturperiode entsprechende Schulungen angeboten werden. Unter den genannten Gesichtspunkten sei ein Zwang zum Verzicht auf Papier vorstellbar und zulässig.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat möge beschließen, dass ab der neuen Ratsperiode alle Informationen (Tagesordnungen, Beschlussvorlagen, Anträge aller Art, Protokolle) den Ratsvertretern ausschließlich digital zur Verfügung gestellt werden. Um ein praktikables und transparentes Verfahren zu gewährleisten, wird die Verwaltung aufgefordert, alle notwendigen Parameter hinsichtlich der Durchführung zu prüfen und dem Rat ein Umsetzungskonzept vorzulegen.

Dieses Konzept enthält Informationen zu:

- Verfahrensweise der Umsetzung
- Schulungen für Mandatsträger und Ausschussbetreuer
- Beschaffung der erforderlichen Hardware (Laptops)
- Sicherheit / Internet
- Änderungen der Geschäftsordnung
- Gegenüberstellung Kosten und Nutzen
- mögliche Ausnahmen.

6 Mitteilungen und Anfragen:6.1 Jahresabschluss 2007 (Kernverwaltung)

Zum Jahresabschluss 2007 der städtischen Kernverwaltung führte **Stadtkämmerer Hoff** Folgendes aus:

- Zusammen mit den Städten Salzgitter und Osnabrück gehörte Wilhelmshaven zu den ersten drei kreisfreien Städten in Niedersachsen, welche die Umstellung auf die Doppik vollzogen hätten. Spätester Termin für die Umstellung werde in Niedersachsen der 01.01.2012 sein.
- Die Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2007 sei vom Rechnungsprüfungsamt (RPA) geprüft und vom Rat am 16.12.2009 beschlossen worden. Es folge nun der erste „doppische“ Jahresabschluss der Kernverwaltung zum Stichtag 31.12.2007.
- Bei der Aufstellung bestanden technische Probleme, welche erst nach intensiver Zusammenarbeit mit der Softwarefirma gelöst werden konnten.
- Ferner bestanden auch eine Reihe von buchungstechnischen Problemen, welche jedoch bei der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik in jeder Kommune zu erwarten seien. Auch diese seien mittlerweile beseitigt.
- Der Entwurf des Jahresabschlusses 2007 sei nun dem RPA vorgelegt worden.
- Der nach der NGO vorgesehene Beschluss des Rates über den Jahresabschluss und die Entlastung des OB könne erst nach Abschluss der Prüfung durch das RPA erfolgen.
- Die Kämmererei bemühe sich, dass die Beschlüsse des Rates über die Jahresabschlüsse 2007, 2008, 2009 und auch 2010 noch vor Ende der Legislaturperiode erfolgen könnten. Nachdem die technischen Probleme nun beseitigt seien, stehe dieser Absicht zumindest aus Sicht der Kämmererei auch nichts mehr im Wege.

Zum Jahresabschluss 2007:

- Die Bilanzsumme stieg um rd. 17,6 Mio. €
- In der Ergebnisrechnung („Gewinn- und Verlustrechnung“) wurde ein Überschuss von rd. 18,9 Mio. € erzielt. Hiervon seien zunächst die verbleibenden Fehlbeträge aus der Kameralistik abzulösen: Rechnung 2006: rd. – 9,4 Mio. €
- Die Nettoposition („Eigenkapital“) stieg um rd. 27,1 Mio. €. (18,9 Mio. € Überschuss sowie 8,2 Mio. € Korrektur der Eröffnungsbilanz).
- Nach Beschluss des Rates über den Jahresabschluss werde der verbleibende Überschuss von rd. 9,5 Mio. € den Rücklagen zugeführt.

In den Jahren bis 2010 stellten sich die Ergebnisse insgesamt wie folgt dar:

Überschuss 2007	18.928.174,91 €
- Sollfehlbetrag kameral	-9.383.467,12 €
RÜCKLAGE am 01.01.2008	9.544.707,79 €
Vorläufiger Fehlbetrag 2008	-16.049.887,73 €
AUFLÖSUNG RÜCKLAGE	9.544.707,79 €
FEHLBETRÄGE AUS VORJAHREN AM 01.01.2009	-6.505.179,94 €
Vorläufiger Fehlbetrag 2009	-10.570.839,39 €
FEHLBETRÄGE AUS VORJAHREN AM 01.01.2010	<u>-17.076.019,33 €</u>

Herr Weiß wies darauf hin, dass das RPA die ersten Unterlagen zum Jahresabschluss 2007 erst in der vorherigen Woche von der Kämmerei erhalten habe. Die Prüfung könne folglich erst jetzt beginnen. Die Prüfungsdauer prognostiziere er auf ca. drei bis vier Monate. Die Auflage der Kommunalaufsicht, den geprüften und vom Rat beschlossenen Jahresabschluss 2007 vor Ablauf des Jahres vorzulegen, könne folglich nicht mehr eingehalten werden.

Bilanz, Ergebnisrechnung sowie Finanzrechnung zum Stichtag 31.12.2007 sind diesem Protokoll als Anlage beigelegt (Stand: VOR Prüfung durch das RPA).

6.2 Budgetberichte III. Quartal 2010

Stadtkämmerer Hoff führte zum Stand der Ausführung zum Haushalt 2010 aus (Prognose am Stichtag 30.09.2010 zum 31.12.2010):

Dezernat I	Verbesserung	+	61.000 €
Dezernat II	Verschlechterung	-	753.000 €
Dezernat III	Verschlechterung	-	206.000 €
Dezernat IV	Verschlechterung	-	239.000 €
Dezernat V	Verschlechterung	-	251.000 €
Allg. Finanzen	Verbesserung	+	3.835.000 €
Gesamt			+ 2.447.000 €

-Der Haushaltsbericht III/2010 ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt-

Desweiteren führte Herr Hoff für 2010 aus:

- Bisher seien keine Investitionskredite aufgenommen worden.
- Die Liquiditätskreditlinie von 50 Mio. € könne knapp eingehalten werden.
- Es seien steigende Zinssätze zu erwarten.

Die Frage von **Herrn Prof. Reuter**, ob die Verbesserungen bereits im Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2011/2012 eingeflossen seien, wurde von **Herrn Hoff** verneint. Es handele sich schließlich nur um eine Prognose.

Budgetberichte:

Fachbereichsleiter Valnion informierte, die vorliegenden Budgetberichte zum 3. Quartal 2010 seien zum Stichtag 30.09.2010 erstellt worden. Ziel der Berichte sei es, gezielt bereits unterjährig Informationen zum Stand der Haushaltsausführung zu geben. Hierin sei auch eine der wesentlichen Zielsetzungen der Umstellung des Haushaltsrechts von der Kameralistik auf die Doppik zu sehen.

Budgetbericht Teilhaushalt 13 (Kommunikation und Koordination):

Die Fragen von **Herrn Neumann** zu den Projekten „REFINA“ und „Stärken vor Ort“ wurden von **Herrn Preuß** beantwortet.

Budgetbericht Teilhaushalt 20 (Finanzwirtschaft):

Herr Valnion informierte über den Umstand, dass eingeplante Säumniszuschläge und Nebengebühren in einem Umfang von ca. 250.000 € voraussichtlich nicht realisiert werden könnten. Die Erfahrung der letzten Jahre zeige, dass immer häufiger lediglich die Hauptforderung vereinnahmt werden könne. Die Nebenforderungen müssten daher abgeschrieben werden.

Budgetbericht Teilhaushalt 54 (Krankenhausfinanzierung):

Herr Valnion erläuterte, in diesem Teilhaushalt sei vor allem die Umlage an das Land aus dem Krankenhausfinanzierungsgesetz enthalten. Das Budget werde aller Voraussicht nach eingehalten.

Budgetbericht Teilhaushalt 86 (SWW - Holding):

Herr Valnion stellte dar, die von der GEW an die Stadt abzuführende Konzessionsabgabe werde an dieser Stelle im Haushalt ausgewiesen. Da sich die Höhe nach den erzielten Umsätzen richte, konnte hier ein Mehrertrag von rd. 48 T€ für 2010 erreicht werden.

Budgetbericht Teilhaushalt 80 (WFG):

Die Fragen von **Herrn Dr. von Teichman** hinsichtlich der im Teilhaushalt enthaltenen Planstellen wurden von **Herr Valnion** beantwortet.

Budgetbericht Teilhaushalt 81 (Referat 03):

Herr Valnion erklärte, das gegenüber der Haushaltsplanung höher prognostizierte Defizit resultiere insb. aus höheren Abschreibungen aus dem von der Stadt im Rahmen der KMU-Förderung gewährten Investitionsförderungsmaßnahmen.

Budgetbericht Teilhaushalt 10 (Zentrale Dienste):

Herr Dr. von Teichman stellte die Frage, weshalb in der Prognose zum 31.12.2010 die Einhaltung des Budgets vorhergesagt werde, wo doch zum Berichtsstichtag 30.09.2010 das Budget bereits erheblich überzogen sei. **Herr Valnion** erläuterte, bis zum Stichtag 30.09.2010 sei der Fachbereich Zentrale Dienste in erheblichen Vorleistungen bei den Personalkosten getreten. Ein Großteil dieser Summe werde jedoch bis zum Jahresende von verschiedenen Bereichen erstattet und das Budget könne somit eingehalten werden.

Budgetbericht Teilhaushalt 51 (Jugendamt):

Herr Dr. von Teichman wies auf den besorgniserregenden Umstand hin, dass die Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung von 488 im Jahr 2006 auf aktuell 713 Fälle gestiegen seien. Ferner werde hier eine Nachbewilligung zum Haushalt 2010 in einer Größenordnung von über 2 Mio. € erforderlich sein.

Budgetbericht Teilhaushalt 16 (SDW):

Herr Valnion erläuterte, auf Beschluss des Rates vom 19.05.2010 sei der Jahresgewinn 2009 des Eigenbetriebes SDW nicht an den Kernhaushalt abgeführt, sondern auf neue Rechnung vorgetragen worden. Aus diesem Grund könne der korrespondierende „Teilhaushalt SDW“ der Kernverwaltung nicht eingehalten werden.

Budgetbericht Teilhaushalt 61 (Stadtplanung):

Herr Dr. von Teichman richtete an den Stadtbaurat die Frage, welche Projekte für die Fertigstellung der Jade-Allee eventuell zurückgestellt werden. **Herr Kottek** entgegnete, dies sei noch nicht entschieden, jedoch stehe der Fertigstellung der Jade-Allee bis Jahresende aus heutiger Sicht nichts im Wege.

Budgetbericht Teilhaushalt 67 (SGW – Infrastrukturvermögen):

Auf die Frage von **Herrn Dr. von Teichman**, worum es sich beim Teilhaushalt „67“ handele, antwortete **Herr Valnion**, an dieser Stelle werde der „hoheitliche Teil“ von SGW abgebildet. Das Infrastrukturvermögen (*Straßen, Wege, Plätze*) befinde sich im Eigentum der Kernverwaltung und müsste von daher auch im Kernhaushalt und nicht im Wirtschaftsplan SGW veranschlagt werden.

Budgetbericht Teilhaushalt 32 (Bürgerangelegenheiten):

Herr Dr. von Teichman wies auf den Umstand hin, dass im Bereich der Bußgelder Mindererträge von ca. 100.000 € prognostiziert werden aufgrund des Ausfalls einer Rotlichtüberwachungskamera. Eine längere Ausfallzeit könne hier nicht akzeptiert werden, eine Reparatur müsse in solchen Fällen unmittelbar erfolgen. Desweiteren wies er auf eine schwierige Lage im Bereich „Märkte“ hin, welche von **Herrn Dr. Graul** grds. auch bestätigt wurde.

6.3 Produktberichte III. Quartal 2010:

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, bat um Wortmeldungen zu den einzelnen Produktberichten.

6.3.1 Teilhaushalt 03 - Referat 03 (wesentliche Produkte)

-lag nicht vor-

6.3.2 Teilhaushalt 13 - Kommunikation und Koordination (wesentliche Produkte)

-keine Wortbeiträge-

6.3.3 Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfungsamt (wesentliche Produkte)

-keine Wortbeiträge-

6.3.4 Teilhaushalt 30 - Rechtsamt (wesentliche Produkte)

-keine Wortbeiträge-

6.3.5 Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten, Öffentliche Sicherheit und Ordnung (wesentliche Produkte)

Auf die Frage von **Herrn Dr. von Teichman** zum Produkt „Märkte“ entgegnete **Stadtrat Dr. Graul**, Marktbeschicker würden grds. niemals von der Stadt abgelehnt, es sei denn, es handele sich um marktfernes Gewerbe. Zu registrieren sei jedoch leider auch eine abnehmende Käuferschicht auf den Wochenmärkten. **Herr Dr. Graul** sicherte zu, das Thema „Märkte“ auf die Tagesordnung einer der folgenden Sitzungen des FWM zu setzen.

6.3.6 Teilhaushalt 20 - Finanzwirtschaft (wesentliche Produkte)

-keine Wortbeiträge-

6.3.7 Teilhaushalt AF - Allgemeine Finanzen (wesentliche Produkte)

-keine Wortbeiträge-

6.4 Haushaltsreden

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** schlug **Stadtkämmerer Hoff** vor, für die am 27.10.2010 stattfindende Sitzung des Rates zum Haushalt 2011/2012 auf die bisher üblichen Haushaltsreden der Fraktionen zu verzichten.

Im Ausschuss bestand Einigkeit darüber, dem Vorschlag grds. zu folgen und lediglich den Haushalt durch eine kurze Einführung durch den Stadtkämmerer einzubringen.

6.5 Adresshandel

Herr Biehl berichtete von in überregionalen Zeitungen dargestellten Fällen von „Adresshandel“ durch Einwohnermeldeämter und bat in der folgenden Sitzung des FWM zu diesem Thema zu berichten. **Stadtrat Dr. Graul** sicherte dies zu.

6.6 Interkommunale Zusammenarbeit

Herr Dr. von Teichman bat um Auskunft über die Vorstellungen der Stadt zum Thema Ausweitung der „interkommunalen Zusammenarbeit“, insb. für ein gemeinsames Beschaffungswesen. **Stadtkämmerer Hoff** entgegnete, die Stadt Wilhelmshaven habe die Zusammenarbeit mit den Nachbarlandkreisen in den letzten Jahren kontinuierlich intensiviert, zum Beispiel bei der Einrichtung einer „gemeinsamen Leitstelle“ bei der Feuerwehr mit dem Landkreis Friesland. Das Thema „gemeinsame Beschaffung“ stelle sich jedoch als rechtlich höchst problematisch dar und wurde daher bisher nicht weiter forciert.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:10 Uhr

Stoffers
Erster Stadtrat

Glaser
Vorsitzende

Engesser
Protokollführer